

Vollkornmehlmahlung zusammen mit Feingut

Schlachtgewichts aus dem Lebendgewicht unter Abzug von 20 Prozent, wie es vielfach üblich ist, für die heutige Zeit nicht das Richtige. Nach den am Hamburger Schlachthof gemachten Erfahrungen sind durchschnittlich mehr als 25 Prozent heute in Abzug zu bringen. Auch ist bei der Beurteilung dieser Frage gar nicht berücksichtigt, daß außer Kartoffeln auch unter den heutigen Verhältnissen noch andere Futtermittel in großem Umfange der Schweineproduktion dienen. In dieser Hinsicht sind die Molkeerabfälle (Magermilch, Buttermilch, Molken) für die Schweineproduktion nicht zu unterschätzen, da etwa die Hälfte der produzierten Vollmilch zu Butter verarbeitet wird und die Rückstände der Butterbereitung zum großen Teil der Viehproduktion dienen. Selbst wenn die Bestrebungen, die Magermilch und Buttermilch in höherem Maße als bisher der menschlichen Ernährung nutzbar zu machen, Erfolg haben werden, wird doch noch immer unter vielen wirtschaftlichen Verhältnissen die Verwertung dieser Rückstände durch die Viehhaltung die einzige Möglichkeit bleiben.

Schließlich ist auch der Umstand nicht ohne Bedeutung, daß unter den Produzenten von Kartoffeln die Großbetriebe der östlichen Provinzen an erster Stelle stehen, während die Schweinemast überwiegend in kleineren Betrieben vor sich geht. Jedenfalls ist es verständlich, daß von den amtlichen Stellen, die die Verantwortung für die Maßnahme der Abschachtung zu tragen haben, den Ratschlägen, die die wertvollen Viehbestände so leichtens Herzens preisgeben wollen, unter Anwendung der erforderlichen Vorsichtsmaßregeln gefolgt worden ist, würde doch ein Zuweit, ganz abgesehen von dem schweren Eingriff in das landwirtschaftliche Gewerbe, die künftige Volksernährung nicht sicherstellen, sondern geradezu gefährden. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Viehbestände ein wichtiges Betriebsmittel darstellen, dessen der Landwirt für die Produktion nicht entbehren kann, und dessen Einschränkung nicht nur für den einzelnen Betrieb, sondern für die Allgemeinheit gerade in der heutigen Zeit die schädlichsten Folgen nach sich ziehen muß, so ist zunächst alles zu versuchen, um die Viehbestände auf der größtmöglichen Höhe durchzubringen.

In dieser Beziehung erscheint die Maßnahme der Heeresverwaltung erwähnenswert, die bezweckt, die

Weiden der okkupierten Gebiete

mit Schlachtvieh zu besetzen. Es bleibt daher unverständlich, wenn heute schon in einem Artikel, der durch die Presse geht und sich mit der Nahrungsmittelwirtschaft im zweiten Kriegsjahr beschäftigt, auf die Regierung eingewirkt wird, um die Rindviehbestände schon während des Sommers zu verringern, weil durch Verminderung des Rindviehbestandes dann weniger Futter in frischem Zustande verzehrt wird und dadurch größere Vorräte an Raufutter für Herbst und Winter geschaffen werden. Dieser Vorschlag muß als verfrüht gelten, da man erst abwarten sollte, wie die Witterung auf die Erträge der Wiesen und Weiden einwirken wird. Jedenfalls ist man beim Rinde der Sorge überhoben, daß es in gleicher Weise wie das Schwein Futtermittel beansprucht, die auch zur menschlichen Ernährung dienen. Wo aber ein solcher Wettbewerb nicht stattfindet, da wird man am besten aus oben angeführtem Grunde dem natürlichen Gang der Verhältnisse eine etwaige Einschränkung der Produktion überlassen. —

Am Schluß bemerkte der Vortragende, daß bei der Herstellung von Dauerwaren vielfach sehr unzuverlässig gearbeitet worden sei. Es würden daher voraussichtlich sehr bald billige Dauerwaren massenhaft auf den Markt geworfen werden.

Der Vorsitzende sprach dem Redner für seine Belehrungen den Dank des Vereins aus.

Herr Kolemüller berichtete über die Tätigkeit des Gewerbebundes vor dem Holstenor bei der Hamburgischen Kriegshilfe. Erfreulicherweise seien die Aufwendungen für Unterstützungen in der letzten Zeit erheblich zurückgegangen. Ein Dringlichkeitsantrag aus der Versammlung, betreffend die Wiedereinführung der Freifahren für unsere Soldaten auf der Straßenbahn, fand einstimmige Unterstützung. Der Vorsitzende versprach, daß alles geschehen solle, um dem Antrag entgegenzukommen.